

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 149. Ratssitzung vom 29. März 2017**

### **2806. 2016/276**

#### **Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 24.08.2016: Anlagerichtlinien der Pensionskasse und der Unfallversicherung, Verbot von direkten oder indirekten Beteiligungen an Unternehmen, die nuklear bzw. öl- oder kohlebasiert Energie erzeugen oder dafür Rohstoffe liefern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marco Denoth (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2131/2016): Ich möchte darlegen, weshalb wir das Postulat eingereicht haben. Der Weltklimarat findet klare Worte. Wenn wir die Erhöhung der Temperatur um 1,5 bis 2° Celsius begrenzen wollen, dann dürfen wir 75 bis 80 % der fossilen Energiereserven nicht mehr verbrennen. Alles Andere würde zu einer Destabilisierung des Klimas führen und dadurch katastrophale Folgen für Mensch, Natur und Tiere haben. Der Rückgang der Investitionen im Zusammenhang mit fossilen Energieunternehmen hängt mit Investitionen in amerikanische Privatuniversitäten zusammen. Innerhalb von vier Jahren entstand daraus eine weltumspannende Bewegung, die auf allen Kontinenten aktiv ist. Infolge dessen haben sich namhafte Investoren aus diesem Geschäft zurückgezogen und sind dem Ruf gefolgt. Als Beispiele sind der norwegische Staatsfonds, der Weltkirchenrat, die Rockefeller-Stiftung, die Versicherungen AXA und Allianz, St. Francisco, Paris, Stockholm, Oslo, Kopenhagen, Berlin und Stuttgart. Mittlerweile haben 619 juristische Personen sowie Einzelpersonen grosse Anlagevermögen ganz oder teilweise aus den Investitionen zurückgezogen. Auf Bundesebene haben Nationalräte und Nationalrätinnen der SP in verschiedenen Motionen und Interpellationen auf die finanz- und klimapolitische Relevanz von Investitionen in fossile Unternehmen im Ausland aufmerksam gemacht. Auf unserer Ebene ist die Pensionskasse der Stadt betroffen. Diese investiert mit rund 700 Millionen Franken in Aktien und Obligationen der Firmen Shell, Exxon, Exxon Mobile und BP. Wir fordern in diesem Postulat, dass die Pensionskasse aus diesen Firmen und allgemein aus den CO<sub>2</sub>-fördernden Firmen aussteigt. Die Pensionskasse hat letzten November Anlagenrichtlinien erlassen. Der Klimawandel wurde in das Risiko einbezogen. Sie will auf diese Weise Einfluss auf Firmen nehmen, die mit fossilen Stoffen handeln. Sie will auf diese Weise Low-Carbon-Anlagen fördern und die Investitionen entsprechend umschichten. Wir begrüssen diese Anlagerichtlinien. Sie müssen transparent sein und die Form einer klaren Ausstiegsstrategie deutlich annehmen. Wir wollen die Investition in direkte und indirekte Anlagen fossiler Brennstoffe stoppen.*

***Dr. Christoph Luchsinger (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 7. September 2016 gestellten Ablehnungsantrag: Dieses Postulat zielt auf einen wichtigen, potentiellen Konflikt. Auf der einen Seite stehen Umweltsorgen, auf der anderen das Gewinnstreben zugunsten der Versicherten in der Pensionskasse. Die Stossrichtung des Postulats krankt daran, dass keine Lösungsansätze für die geschilderten Probleme geliefert werden. Bei den Versicherten und der Stadtkasse wird jedoch ein grosser*

Schaden angerichtet. Erdgas wurde im Postulat nicht erwähnt. Weshalb? Dies liegt mutmasslich daran, dass das städtische Unternehmen Energie 360° konsequenterweise komplett verkauft werden müsste. Aus ideologischen Gründen sind Sie dagegen. Das ist inkonsequent. Die FDP stellt aber keinen Änderungsantrag. Mit der Studie des Bundesamts für Umwelt wird eine unseriöse Begründung geliefert. Es heisst, bis zu 21 % der Vorsorgeleistungen der Pensionierten könnten gefährdet sein. Es sind nur 4,5 % der Gelder in diesem Bereich angelegt. Selbst ein Totalverlust würde nur 4,5 % betragen. Es werden bundesweite Zahlen hinzugezogen, die auf Gemeindeebene nicht angewandt werden können. Derartige und noch weitaus grössere Verluste sind den Linken beim Umwandlungssatz zulasten der Jungen egal. Auch dies ist nicht glaubwürdig. Es wird gesagt, Zürich sei ein wichtiger Investor und könne dadurch Investitionsentscheide direkt beeinflussen. Genau in diesem Fall dürften Sie die Investitionen nicht zurückziehen. Nur so können Sie etwas bewirken. Es stellt sich die Frage, wie sich eine Firma in diese Kategorie zuordnen kann. Sie befürchten, dass diese Firmen rasch an Wert verlieren könnten. Die Prognosen sind sehr unsicher. Wer hätte gedacht, dass der Strompreis nach Fukushima sinken würde? Der Ausstieg aus der Kernkraft ist praktisch nur im deutschsprachigen Raum ein Thema. Kernkraftwerke haben praktisch keinen CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Wir stellen fest, dass wir alle die Zukunft kennen. Sie kennen offenbar nicht einmal die Vergangenheit. Alle Vorhersagen waren falsch. Jetzt glauben Sie zu wissen, wie sich die Preise und damit der Wert der Firmen entwickeln werden. Wenn eine Pensionskasse Geld anlegt, dann geht es darum, bei gewissen Vertragserwartungen die Risiken zu minimieren. Zur Risikominimierung ist eine möglichst uneingeschränkte Auswahl der Anlagemöglichkeiten unumgänglich. Dadurch können sich Risiken gegenseitig ausgleichen. Wenn Sie glauben, Geld besser als Spezialisten anzulegen, dann können Sie dies mit ihrem eigenen Geld tun. Dies haben die Angestellten der Stadt nicht verdient. Die zweite Säule hat bereits genug Probleme.

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Knauss (Grüne):** Der Klimavertrag von Paris fordert einen Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter. Ich gehe davon aus, dass auch die Schweiz diesen Vertrag ratifizieren wird. Die Gemeindeordnung der Stadt fordert ebenfalls einen Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter. Bis 2050 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Einwohnerinnen und Einwohner auf eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Person reduziert werden. Auch politisch ist ein Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter sinnvoll. Wir müssen endlich unsere Abhängigkeit von Ländern wie Libyen, Nigeria oder Russland reduzieren. Auch die Sorge um die Pensionskassenanlagen macht einen Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter sinnvoll. Natürlich wurde aus einer nationalen Studie zitiert. Die Pensionskasse der Stadt hat immerhin 700 Millionen Franken in entsprechende Firmen investiert. Das ist nicht wenig. Auch andere Studien legen den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter nahe. Es wurde beispielsweise festgestellt, dass die Nationalbank in den USA etwa 10 % ihres und unseres Vermögens investiert hat. Ein grosser Teil wurde in fossile Energieträger investiert. Eine Vergleichsrechnung hat ergeben, dass es sich um 60 Milliarden Franken handelt. Was wäre passiert, wenn die Nationalbank nicht in die fossile Industrie investiert hätte. Sie hätte einen Mehrgewinn von vier Milliarden Franken realisieren können. Das Atomzeitalter und das fossile Zeitalter sind definitiv vorbei.

**Dubravko Sinovcic (SVP):** Ich spreche hier auch als städtischer Angestellter und Versicherter der städtischen Pensionskasse. Ich bin schockiert, dass wir Energiepolitik und Anlagenstrategie der städtischen Pensionskasse vermischen. Bei meiner Beschäftigung mit dem Postulat stand für mich ein zentrales Thema im Vordergrund: Auf welcher Grundlage sollen die Spezialisten in der Pensionskasse die Anlagenentscheide treffen? Soll dies auf Basis ihrer Ausbildung, Erfahrung und Beurteilung einer Situation erfolgen? Sollen sie ihre Entscheidungen aus politischen Erwägungen treffen? Die Investitionsstrategie der Pensionskasse soll aus unserer Sicht nicht politisch motiviert sein. Wir sollten uns einmischen, wenn die Angestellten der Pensionskasse schlechte Arbeit leisten würden. Ich finde, die Verantwortlichen leisten gute Arbeit. Wenn ich mir die Pressemeldungen anschau, stellt sich mir ein anderes Bild dar. Es werden immer mehr Bereiche unseres Lebens elektrifiziert, es werden immer mehr Heizungen auf Wärmepumpen umgestellt, wir brauchen also immer mehr Strom. Es gibt keine Möglichkeiten, diesen wachsenden Energiebedarf aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, ohne selbige massiv zu subventionieren. Die USA haben bereits angekündigt, das Klimaabkommen von Paris nicht zu ratifizieren. Die Carbon Bubble wird somit allenfalls in ferner Zukunft kommen. Ich habe den Eindruck, dass das Postulat darauf abzielt, dass mehr in alternative Energieträger investiert werden soll. Diese funktionieren nur, weil sie massiv subventioniert werden. Dies ist für mich das grössere Risiko. Ich vertraue den Spezialisten in der Pensionskasse.

**Martin Luchsinger (GLP):** Ich werde erklären, warum ich glaube, dass der Vorstoss für die Pensionskasse gut ist. Die Stadt will aus der Nuklearenergie aussteigen. Es ist konsequent, dies auch innerhalb der Anlagen der Pensionskasse und der Unfallversicherung umzusetzen. Atomenergie wird als hochriskant eingestuft, deshalb ist auch auf der Investitionsebene eine Distanzierung sinnvoll. Für Finanzanlagen im Kohle- und Erdölbereich hat die Carbon Bubble ein hohes Verlustrisiko für Pensionskassen und die Unfallversicherung. Es sind 700 Millionen Franken gefährdet. Die Marktbewertung dieser Firmen, die von fossilen Energien abhängig sind, repräsentiert die Kosten der CO<sub>2</sub>-Erzeugung nicht adäquat. Die möglichen Kosten von Klimamassnahmen sind in den Bewertungen nicht enthalten. Auch wenn momentan kohlenstoffbasierte Energieträger von den USA unterstützt werden, ist die Realität in anderen Gebieten der Erde eine andere. Das Pariser Abkommen gilt auch, wenn jemand es aus populistischen Gründen für sinnlos hält. Die restlichen Staaten haben sich verpflichtet und sie werden die Massnahmen umsetzen. Es kommen Kosten auf die Firmen zu, es wird ein Umdenken bei den Menschen stattfinden. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass wir nicht rechtzeitig erkennen werden, wann die Carbon Bubble platzt, dann werden die Profite nicht gesichert werden. Genau dieses Risiko möchten wir nicht tragen. Klimaschutz rechnet sich auch langfristig auf wirtschaftlicher Ebene.

**Christoph Marty (SVP):** Das Ziel der Pensionskasse und der Unfallversicherung ist die Gewährleistung der sozialen Sicherheit der Versicherten. Es sollte hier nicht um Politik gehen. Es wäre schön, wenn sich die Linken mit den Grünen für die soziale Wohlfahrt der Menschen einsetzen würden.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die Argumentation der Befürworter ist nicht nachvollziehbar. Wenn ein Verbot aller direkter und indirekter Beteiligungen gefordert wird, muss man sich überlegen, was es bedeutet, dies konsequent durchzuziehen. Jede Staumauer, die gebaut wird, braucht Elektrizität. Woher wissen Sie, dass diese nicht aus Atomstrom stammt? Wenn Sie sämtliche indirekten Beteiligungen vermeiden wollen, müssen Sie das Geld bei der Nationalbank anlegen. Dort haben Sie dank der Eurorettung Negativzinsen.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Dies ist nicht der erste Vorstoss, der eine Verbotskultur fordert. Vor einem Jahr ging es um Rüstungsfirmen und Anlagestrategien. Wir finden diesen Vorstoss grundsätzlich problematisch. Es ist nicht tragbar, dass der Gemeinderat zunehmend operative Leitlinien setzt.

**Dr. Christoph Luchsinger (FDP):** Nach meinen bisher vorgebrachten Einwänden möchte ich noch einige umweltpolitische Aspekte zur Diskussion stellen. Ich finde es unglaublich und unmöglich, wie die Linken, die Grünen und die GLP meinen, die Sozial- und Umweltpolitik für sich gepachtet zu haben. Ich und die FDP-Fraktion stellen die Resultate der Klimaforschung trotz Unsicherheiten nicht in Frage. Sie hingegen schliessen fälschlicherweise aus der Klimaforschung darauf, dass fossile Rohstoffe nicht genutzt werden sollten. Ziel muss eine Speicherung und Wiederverwendung von CO<sub>2</sub> sein. Dadurch kann man verhindern, dass es in die Atmosphäre gelangt. Die FDP Schweiz steht klar zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Wir haben auch in der Vergangenheit in der FDP grosse Persönlichkeiten gehabt, die sich für die Umwelt engagiert haben. Das Umweltgesetz in der Schweiz wurde in den 70er Jahren massgeblich von der FDP ausgearbeitet und vorangetrieben. Es berücksichtigt vorbildlich den föderalistischen Staatsaufbau der Schweiz. Wir profitieren alle davon. Es gibt verschiedene Arten von Umweltproblemen. Wir müssen diese kategorisieren. Andernfalls erhält man falsche Antworten. Lassen Sie uns über das CO<sub>2</sub> sprechen. Dieses reichert sich in der Atmosphäre an und hat wenige wirksame, natürliche Korrektive. Dort müssen wir eingreifen. Es gibt Schadstoffe, die dem Menschen direkt schaden. Auch dort müssen wir eingreifen. Dies tun wir dank des Umweltgesetzes. Es gibt Schadstoffe in Schwermetallen, die man verbieten muss. Es wird immer wieder die Endlichkeit der Ressourcen zur Erklärung hinzugezogen. Es handelt sich um eine Fehlüberlegung der Linken, dass sie die Endlichkeit der Ressourcen als Umweltproblem bezeichnen. Ihr wollt besteuern, regulieren, rationieren und verbieten. Wir brauchen weltweite Lösungen für die Reduktion des CO<sub>2</sub>. Dies ist schwierig und wird kaum ohne Wettbewerbsnachteil für unsere Industrie möglich sein. Genau deshalb müssen wir eine möglichst rationale Umweltpolitik betreiben.

**Martin Luchsinger (GLP):** Die FDP ist inkonsequent. Die FDP sagt, dass das Problem erkannt ist, man aber möglichst nichts dagegen tun könne. Ich stelle eure wirtschaftliche Kompetenz in Frage. Glaubt ihr, dass Massnahmen keinen Einfluss auf die Bewertung von Unternehmen haben werden? Das, was Präsident Donald Trump in den USA macht, heizt die Blase zusätzlich an. Dabei geht es nicht um die Endlichkeit der Ressourcen. Wir wissen alle, wie es an der Börse läuft. Es geht um Bewertungen und die Sicherheit und Profit. Sobald diese unsicher werden, wird die Carbon Bubble platzen. Diese Position vertreten auch Ökonomen. Es geht um eine Risikoeinschätzung. Wir

5 / 5

wissen nicht, wann die Carbon Bubble platzt. Ihr habt bewiesen, dass ihr die Krisen rechtzeitig erkannt habt. Dies beweisen die Swissair oder die UBS.

**Alexander Brunner (FDP):** Es ist meine Aufgabe, mich mit solchen Themen auseinanderzusetzen. Wenn Sie sich den Index erneuerbaren Energien angeschaut haben, dann sehen Sie, dass dieser in den letzten zwei Jahren im Vergleich zu Öl und Erdgas deutlich gesunken ist. Es gibt einen Norwegian Oil Fund, der von den Norwegern finanziert wird. Es kam zu einer Renditeeinbusse von 1,9 %. Wir haben bis heute nicht gelernt, wie wir mit Einbussen in der Performance umgehen wollen. Diese Forderung ist schwierig, da dadurch auch das Portfolio verzerrt werden kann. Solche Vorschriften sind schwierig, aber grundsätzlich stimme ich damit überein, dass wir uns in diese Richtung entwickeln müssen.

**Shaibal Roy (GLP):** Ich wollte nur auf das Beispiel der Publica hinweisen. Die Publica hat vorgemacht, wie es funktionieren kann. Ich arbeite auch in diesem Bereich. Dies hat nicht nur mit der Grösse der Publica zu tun, sondern auch mit der Umsetzung. Erfolgreiches Divestment ist somit durchaus möglich.

Das Postulat wird mit 74 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat